

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Gründungsnummer Nr. 63

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Gründungsnummer Nr. 63



Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Wöchentliche Beilagen: „St. Quirinusblatt“, „Heimatblatt“, „Kreuz- und Heimatkurier“ und „Neuß-Grevenbroicher Sportnachrichten“. — Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 3.000.—, freibleibend. Nachzahlungen vorbehalten. — Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Reichsbank-Giro-Konto. Postfach-Konto Köln 11800.

Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kauftätigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 6 Spalten-Zeile 120.— Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 150.— Mark, und für die 4-spaltige Reklamezeile 400.— Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr Vormittags für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 71

Für die Schriftleitung verantwortlich: St. Keil.

Montag, 26. März 1923 (Ludgerus)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

50. Jahrgang

Aus dem Reichstag.

Berlin, 23. März. Der Reichstag nahm heute einmütig den Gesetzentwurf zur Erhaltung leistungsfähiger Rentenkassen an. Bei der sich anschließenden zweiten Lesung des Haushalts des Reichs für den Monat März 1923 sprach der Minister Dr. Brüning u. a. aus: Die Proviantversorgung ist bis tief in den Sommer hinein gesichert. Die letzte Kartellkonferenz bei der Reichsregierung und die Ernährung an Rhein und Ruhr ist im großen und ganzen gesichert. Die Frage, ob Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft, muß von Fall zu Fall entschieden werden. Die Zuckerpresse können wegen der viel höheren Auslandspreise nicht herabgesetzt werden. Grundsätzlich ist die Regierung für die Zuckerpresse. Die Getreidewirtschaft wird auch von der jetzigen Regierung als das wichtigste betrachtet. Der Getreide der Anlage kann mit Aussicht auf Erfolg nicht wiederholt werden. Er hat bei schlechten Ernten und aus anderen Gründen Belastungen im einzelnen herbeigeführt, die der Staat nicht verantworten kann. Wir wollen eine Förderung der Erzeugung, die Sicherung einer ausreichenden Vorratshaltung und die Verbilligung des Brotes. Bei der Verbilligung des Getreides muß in erster Linie der Preis befreit werden.

Der Reichskanzler in Stuttgart.

Stuttgart, 23. März. Zu Ehren des Reichskanzlers fand heute auf Einladung der Staatsregierung und der Stadt Stuttgart ein geselliges Beisammensein statt, zu dem zahlreiche Einladungen an alle Kreise ergangen waren. Ministerpräsident Dr. Brüning begrüßte den Reichskanzler namens der Staatsregierung und des württembergischen Volkes mit einem schwäbischen herzlichen Gruß. Der Besuch und der begeisterte Empfang, der dem Reichskanzler beglückte, sei ein äußeres Zeichen der unerschütterlichen Einheit und Einigkeit des deutschen Volkes in allen seinen Ländern und Stämmen. Mehr als je haben wir heute die geschlossene Einheit des deutschen Volkes nötig. Und da sollte alles nach außen und nach innen vermieden werden, was diese Einheit zu zerstreuen geeignet ist. Er stellte mit Genugtuung fest, daß derartige Trennungspläne nie und nirgends einen ernsthaften Widerhall gefunden haben. Wo es die Treue gegen das deutsche Vaterland gelte, treue nicht nur in Tagen des Aufschwungs und der Erhebung, sondern gerade auch in Not und Gefahr, da werde das württembergische Volk hinter seinem Anführer in deutschen Ländern zurückstehen. Innerhalb der deutschen Einheit bleibe für die Gegenwart, für das Sonderleben und für die Sonderverwaltung der einzelnen Länder und Stämme noch Raum genug. Hierauf begrüßte Oberbürgermeister Dr. v. A. u. t. den Reichskanzler namens der Stadt Stuttgart in herzlichen Worten und mit dem Wunsch, dem Reichskanzler möchten die Kraft und die Nerven erhalten bleiben, die er zur Bewältigung seiner ungeheuren Aufgabe braucht. Der Reichskanzler erinnerte in seiner Erwiderung zunächst an seinen Münchener Besuch, wo er über alles Verständnis dafür gefunden habe, daß jetzt angesichts des einen großen Ziels, der Wiederherstellung des deutschen Volkes, keine Zeit zum Austragen von innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten ist. Diese einmütige Einstellung habe sich ihm auch in Stuttgart auf das eindringlichste befunden. Dieser Zusammenhang von Nord und Süd gebe der Reichsregierung Kraft und Entschlossenheit, unbeirrt den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Um zu wissen, daß die deutsche Regierung alles getan hat, was geschehen konnte, um das durch den Aufbruchmarsch über Deutschland gekommene Unheil abzuwenden, gab ihm der Reichskanzler einen ins einzelne gehenden Rückblick über die seit seinem Regierungsantritt nach Paris und London gerichteten deutschen Angebote, die jeweils rechtzeitig angekündigt waren und schriftlich unterbreitet und mündlich jederzeit erläutert werden können. Wir haben, so erklärte der Reichskanzler weiter, Bismarck auch wissen lassen, daß unsere Industrie zu einem Zusammenwirken mit der französischen Industrie bereit sei, allerdings mit Kenntnis der anderen Mächte, hinter deren Rücken wir nicht verhandeln wollten. Dieses Angebot ist nachweislich zur Kenntnis Bismarcks gekommen; er hat ausweichend geantwortet. Mit unserem Angebot der politischen Sicherung Frankreichs durch eine Erklärung, durch die wir zu beiden Seiten einen dritten Macht zusammen mit den Angehörigen am Rhein den Rheinpaß schließen wollten, der auf ein Menschenalter hinaus den Krieg nicht ohne vorherige Volksabstimmung zulassen sollte, schloß der Reichskanzler seine Rede. Die volle Sicherheit freier Entwicklung habe, wenn immer es nur auf dem Boden des Vertrags von Versailles bleiben wollte, die Antikriegs- und die Reichsregierung forderte, daß alles versucht werden müsse, was eine unbefristete Antwort auf das feindliche Eindringen wäre. Es müsse dafür gesorgt werden, daß der passive Widerstand, wie er sich aus dem Volke heraus ohne Befehl über

Organisation der Reichsregierung entwickelt hat, mit allen Mitteln aufrechterhalten bleibe. Der passive Widerstand derart, wie er jetzt durchgeführt werde, werde unüberwindlich sein, wenn die Voraussetzung für seine Weiterführung so gesichert bleibe wie heute. Gehe man auf dem geraden Weg weiter, so werde das deutsche Volk zum Ziele kommen. Unterwerfe es sich aber, so sei es um Deutschland, um das deutsche Volk und seine Freiheit geschehen. Auf die Frage, wann Verhandlungen möglich seien, antwortete der Reichskanzler: Haben wir nicht genug Angebote an Frankreich gemacht? Sollen wir ein Angebot machen, mit dem wir die Souveränität des Reiches, die Unabhängigkeit der Länder an Rhein und Ruhr, die Unabhängigkeit und Freiheit des deutschen Volkes zum Opfer bringen? Der Reichskanzler, der in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnerte, daß Verhandlungen von der vorbehaltslosen Räumung der Ruhr ausgehen müßten, schloß er seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede mit den Worten, daß der beste Patriot heute der ist, der die ganze Schwere und Verantwortung erkennt und sich in ehrlicher Arbeit auf die glückliche Durchführung des Abwehrkampfes einstellt.

Holländische Stimmen zur Kanzlerrede.

Amsterdam, 23. März. Neues von den Tagen der Kanzlerrede: Die Reichsregierung will in ihrem passiven Widerstand ausbleiben. Mögliche und seine Gefährden von der deutschholländischen Partei dagegen wollen die Bevölkerung der Ruhrgebiete zu tätigen Widerstand aufreizen, und ob dabei ein Mißbrauch angerichtet wird, bei dem das deutsche Volk nachteilig aus deutschen Wunden fließen würde, das ist den Herren gleichgültig. Durch das Auftreten der Reichsregierung ist die deutschholländische Freipartei wieder voraussetzungslos im Kampf, ein Unheil anzurichten.

Der Standard schreibt zu der Idee, das Rheinland zu internationalisieren: Ein Gebiet von der Größe Hollands, aber dichter bevölkert, soll von einer internationalen Polizei beaufsichtigt und von einem Bund von Soldaten (etwas anders ist der Völkerverbund noch nicht) geleitet werden. Wer kann glauben, daß damit das Problem gelöst sein würde. Sollen vielleicht alle früheren Neutralen, die dem Völkerverbund als Mitglieder angehören, daran mitarbeiten. Würden sie nicht viel eher ihren Austritt aus dem Bund zu erklären haben? Wir glauben nicht, daß eine solche Idee in Ernst erwogen werden kann, außer vielleicht in den Ländern, wo man den Völkerverbund als ein Mittel ansieht, um das Unrecht herauszuputzen wie eine Brautjungfer. Inzwischen werden wir in Holland aber noch gut tun, die Augen offen zu halten.

Amsterdam, 23. März. Das „Allgemeine Handelsblatt“ schreibt in einem Leitartikel zur Kanzlerrede: Die Gerüchte über Unterhandlungen, die immer wieder von französischer Seite verbreitet werden, sollen wohl in der Hauptsache dazu dienen, in Frankreich den Mut aufrechtzuerhalten durch die Aussicht auf eine baldige Kapitulation Deutschlands. Wenn man aber die folgenden Worte des Reichskanzlers Cuno hört, dann wird damit nicht zu rechnen sein. Was er sagte, das sind sicher nicht die Worte eines Mannes, der das Gefühl hat, hinter seinen Rücken eine Lebergabe geschickt zu sein. Dr. Cuno hat somit von Deutschland Widerstandskraft eine optimistischere Auffassung als verschiedene ausländische Journalisten, die bereits die ersten Anzeichen eines Erfolgeins des Widerstandes feststellen zu können glauben.

Auflösung der deutschholländischen Freipartei.

Berlin, 24. März. In dem von amtlichen preussischen Pressedienst veröffentlichten Bericht über die Auflösung der deutschholländischen Freipartei wird die Auflösung damit begründet, daß die Partei nur als eine verbotene Fortsetzung der für Preußen am 15. November v. J. verbotenen nationalsozialistischen Partei angesehen werden könne. Das Ziel der Freipartei sei nach der Erklärung des Parteivorstandes v. Graefe auf die Befreiung des Parlamentarismus gerichtet. Die Partei habe im Geheimen umfangreiche Vorbereitungen zu einem nationalpolitischen Putsch getroffen.

Die Rechtsradikalen.

Berlin, 24. März. Antifisch wird mitgeteilt: Die politische Durchsicht, die am Donnerstag vormittag von Beamten der Berliner politischen Polizei in dem Geschäftsräumen der deutschholländischen Freipartei und bei verschiedenen Führern dieser Partei in Berlin, sowie zugleich auch in anderen preussischen Städten (so u. a. in Kassel, Erfurt, Halberstadt, Hannover, Köln, Magdeburg, Merseburg, Minden, Rumburg und Stolp in Pommern) vorgenommen wurden, ergaben wegen des dringenden Verdachts hochverräterischer Intrigue und des Verstoßes gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 24. Mai 1921, betreffend das Verbot militärischer Verbände. Die Durchsicht hat erdrückendes Material gegen die deutschholländische Freipartei zutage gefördert. Die im Anschluß an die Durchsicht polizeilich vorläufig festgenommenen Personen sind nach ihrem Verhör zum Teil wieder entlassen worden. Der andere Teil wird dem zuständigen Richter vorgeführt. In einem Teil der Presse verbreitete Nachricht über einen gegen die

Reichstagsabgeordneten Wille, Henning und von Graefe erlassenen Schußbefehl ist unrichtig.

Berlin, 24. März. Der preussische Landtag hat den Antrag der Kommunisten, der die Auflösung der deutschholländischen Freipartei, Förderung der proletarischen Umformierung und ihrer Verwirklichung mit Waffengewalt, verurteilt. Für den ersten Teil des Antrages war die gesamte sozialistische Linke eingetreten. Der zweite Teil wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Bei der Fortsetzung der Beratung über den Haushalt des Wohlfahrtsministeriums stellten sämtliche Rednerinnen die Jugendpflege und die Jugendfürsorge in den Mittelpunkt ihrer Darlegungen. Gleichzeitig wurde eine Forderung für die beiden Sozial- und Arbeitsminister gestellt. Nach einer Erklärung des Ministers Gröfz über die Beschäftigung des Wohlfahrtsministeriums, die für die Jugendbeschäftigung mit einem neuen Geiste zu erfüllen, zog man es vor, angesichts der schwachen Beschäftigung des Bundes die Einzelgespräche über den Volkswohlfahrts-haushalt auf den 17. April zu verschieben, worauf das Haus für die Osterferien auszuscheiden wird.

Berlin, 24. März. Zu den gestrigen Ausführungen des Ministers Gröfz in preussischen Landtag wurde ergänzt mitgeteilt, daß die Angelegenheit der deutschholländischen Freipartei wegen des Umstandes einer militärischen Organisation jetzt in die Hände des Oberreichsanwalts übergegangen ist, so daß vorerst weitere Mitteilungen nicht gegeben werden können.

Eine Verordnung der Rheinlandkommission.

Köln, 24. März. Nach einer heute-Mittag aus Köln nach Berlin telegraphisch übermittelten Mitteilung der Rheinlandkommission ist eine neue Verordnung erlassen, die besagt, die Angehörigen der Besatzungsmächte sowie deutsche Internierten, die in den Bereich der Besatzungsmächte eingetreten sind oder in Beziehungen zu ihnen stehen, zu fassen. Diese Verordnung überträgt den Militärgerichten der verschiedenen Besatzungsmächte die Befugnis, zu erkennen über alle Gewalttaten, Drohungen usw., aber alle Akte, die den Charakter von Reparationen und Wertschöpfungen gegenüber Personen irgendeiner Nationalität haben, denen sie ausgetrieben sind wegen der Beziehungen, die sie mit der Rheinlandkommission und den alliierten Armeen unterhalten. Unter diesen Beziehungen werden auch die Angehörigen der alliierten Mächte gefaßt werden, die die Angelegenheiten der Nationalität betreffen. Die Rheinlandkommission hat sich im übrigen selber die Befugnis zuerkannt, die Entschädigung für Personen festzusetzen, die eine körperliche oder materielle Schädigung auf Grund öffentlicher Urkunden, verbrecherischer Akte oder durch Veranlassungen bewirkter oder nicht bewirkter Akte erlitten. Die Kommission gerät in diesem Falle die deutsche Regierung über die Verantwortung der Kollektivität auszuweisen, und hat infolgedessen beschlossen, daß diese Entschädigungen provisorisch von den Gemeinden bezahlt werden müssen, die dann ihrerseits sich an das Reich oder an die Staaten wenden können.

Aus dem besetzten Gebiet.

Düsseldorf, 24. März. Die Beamten der grünen Polizei haben besonders schwer zu leiden. Infolgedessen sind bereits zahlreiche Beamte aus dem Dienst freiwillig ausgeschieden. Eine größere Anzahl ist auch dienstlich ausgeschieden worden. Während die Besatzungsmächte bisher fest, bei uns, wenn die Auslieferung in der Stadt vorant, folgt sie neuerdings dem Beispiel der Kommandanten im Ruhrgebiet und läßt eine Vermehrung der Polizei nicht mehr zu. Der General hat dem Oberbürgermeister von Düsseldorf mitgeteilt, daß er seine Befugnisse bei der grünen Polizei nicht mehr genehmigen werde.

Düsseldorf, 24. März. Heute vormittag ist Generaldirektor Eise von der Rheinischen Eisenbahn- und Maschinenfabrik in seiner Wohnung verhaftet worden. Sein Aufenthaltsort ist unbekannt.

Krefeld, 24. März. Erneut sind eine Reihe von Zollbeamten ausgewiesen worden, und zwar vom Krefelder Hauptzollamt die Zollbeamten Koberdanz, Gerbst, Pant, Wost, Stiebel, Rlod, Wehmann, Seifke, Hölz, und Damerow, von Krefeld-Rheinischen Baurer, Kollath, Schab. Den Familien ist eine vierwöchige Frist zur Abreise gegeben.

Glückstadt, 24. März. Die beiden Reichsbankdirektoren Schale und Pieper, die von der Besatzungsmacht nach Krefeld gebracht worden waren, sind am nächsten Tage wieder entlassen worden. Da nunmehr die Besatzungsmacht auch wieder ihre Siegel vom Tresor der Reichsbank entfernt und alle Gelder freigegeben hat, ist die Reichsbank wieder für den Verkehr geöffnet. Infolgedessen haben auch die anderen hiesigen Banken ihre Kassen nach dreitägiger Pause wieder geöffnet.

Glückstadt, 23. März. Bekanntlich hat sich kürzlich bei Bremerheim ein Eisenbahnunglück ereignet.

Der hiesige Delegierte der Rheinland-Kommision teilt mitgeteilt, daß das Unglück habe nach amtlicher Feststellung 1 Tote, 1 Schwerverletzten, 3 Leichtverletzte gefordert.

Köln, 23. März. Die Gebäude der Betriebs- und Verkehrsämter in Krefeld und M. Gladbach wurden heute von den Besatzern besetzt. Das Kriegsgericht in Krefeld hat den Vorsitzenden des Betriebsrates vom Eisenbahnwert Glück, Hünneberg, freigesprochen. Verhaftet und ins Gefängnis überführt wurde der stellvertretende Betriebsrat in Krefeld, der die Verhaftung der französischen Eisenbahnbeamten nicht ablehnen wollte, mußte den Betrieb der Bahnhofsverwaltung einstellen. Der Oberbahnhofsleiter A. D. Rees in Oertrath weigerte sich, der Besatzungsmacht die Bahn für ein von der Bahnverwaltung gepachtetes Stück Land zu zahlen.

Köln, 23. März. In dem benachbarten Geyern führt in der vorliegenden Nacht ein mit französischen Soldaten besetzter Zug in einen Möbelschlag der

Firma Ströher in Köln, wobei zwei Begleitnarrschafften aus Köln sofort getötet wurden. Mehrere Angehörige einer anderen Kölner Firma trugen schwere Verletzungen davon, von denen einer bereits seinen Verletzungen erlag. Die Möbelwagen mit seinem Inhalt wurde gestürmt. Die beiden Getöteten waren verheiratet.

Kettwig vor der Schilde, 24. März. Bürgermeister Schmitz wurde nach eilfjähriger Haft aus dem Gefängnis Mönchengladbach wieder entlassen, nachdem die Summe von 1 Million Mark, die der Bürgermeister Mönchengladbach als Kontribution für Beschädigung einer Telefonleitung aufgelegt war, durch die Besatzungsbehörde bei der Regierungshauptkasse bezogen der Gemeindefasse Kettwig vor der Besatzungsbehörde abgeliefert worden ist.

Kettwig, 24. März. Volkswirtschaftsminister wurde festgenommen. Er wurde nach Werden und von da nach seiner Vernehmung ins Zuchthaus gebracht.

Mönchengladbach, 23. März. In der Nacht zum 22. März ist der Geiger Kraßmann von der Gasse Konradstraße nach französischen Angaben, weil er auf einen Anruf nicht stehen blieb, durch einen Posten erschossen worden.

Dortmund, 23. März. Von den Franzosen sind heute für unbestimmte Zeit sämtliche Dortmunder Zeitungen, „Dortmunder Zeitung“, „Eremita“ und „Westfälische Volkszeitung“ mit Ausnahme des „General-Anzeigers“ verboten worden.

Münster, 23. März. Nach einer Meldung des „Echo du Rhin“ hat der Oberdelegierte der Rhein-Kommision für Rheinischen und Automobilverkehr, der die Brücken in Münster und Krefeld von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterlag.

Münster, 23. März. In Essen fand heute vormittag eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Diensträumen des Arbeitsamtes nach Geldern der Ruhrhülse statt.

Ergellens v. Mudra verhaftet.

Münster, 23. März. Der bekannte preussische General, Ergellens v. Mudra ist von den Franzosen verhaftet worden. Er war Führer der Argontruppen.

Kohlenmangel in Nordfrankreich.

Münster, 23. März. Nach einer Meldung des „Matin“ herrscht in den Nordbezirken Kohlenmangel. Es fehlt an den nötigen Transportmitteln. Die Kohlenhändlervereinigung hat erklärt, falls nicht in den ersten Tagen sehr große Mengen Kohlen ankämen, viele Fabriken stillgelegt und zahlreiche Arbeiter entlassen werden müßten.

Der Wiederaufbau Oesterreichs.

Wien, 24. März. Der Generalkommissar Zimmermann veröffentlicht einen zweiten Teil vom 15. Januar bis zum 15. Februar umfassenden Bericht über das Sanierungswert. In dem Bericht wird festgestellt, daß der Verkauf der Kreditverhandlungen und die Geltung des Auslandes zu Vertrauen und Hoffnung berechtigen. Die alleinige Aufmerksamkeit müsse auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gerichtet werden. Andererseits dürfe das Ausland nicht verärgern, in Oesterreich private Investitionen zu machen. Oesterreich sei eine Art Elend, dessen Sicherheit durch die großen Mächte gewährleistet sei.

Austritt Prof. Einsteins aus dem Reich.

Paris, 23. März. Prof. Einstein, der sich in Zürich aufhält, hat an das Sekretariat des Völkerverbundes einen Brief gerichtet, worin er sein Austritt aus dem Reich erklärt. Der Brief ist in der letzten Nummer der „Revue“ veröffentlicht worden. Er schreibt in diesem Brief: Ich habe in der letzten Zeit den Eindruck gewonnen, daß der Völkerverbund weder die Kraft noch den guten Willen hat, seine Aufgabe zu erfüllen. Als überzeugter Pazifist halte ich es nicht für richtig, irgendwelche Beziehungen mit dem Bund aufrecht zu erhalten. Ich bitte, meinen Namen aus der Liste der Kommissionsmitglieder zu streichen.

Letzte Depeschen.

Köln, 24. März. Die Nachricht des „Glas“, über Verhandlungen der Firma Otto Wolff in Köln mit der französischen Regierung ist, wie hiesige Blätter durch die Firma Otto Wolff erfahren, von A bis Z erfunden und aufhebt jeglicher Unterlagen.

Berlin, 24. März. Der Deutsche Buchdrucker-Verband teilt mit: Das Zentralratsmitglied für das deutsche Buchdruckergewerbe beschloß durch den gestrigen Schiedspruch die unveränderte Verlängerung der geltenden Tariflöhne. Dieser Schiedspruch ist heute von den vertragschließenden Organisationen angenommen worden.

Berlin, 24. März. Laut „B. Z. A. M.“ sind durch einen großen Brand auf dem Postwerk in Berlin-Köpenick 14 eben fertiggestellte Posten und Segelboote zerstört worden. Durch den Verlust dieser Fahrzeuge verliert der deutsche Segelsport die Möglichkeit, an den internationalen Regatten der skandinavischen Regatta an teilzunehmen.

Hamburg, 24. März. Gestern nachmittag beobachteten die Polizeibeamten auf einem Fährdampfer einen Mann, der wegen fragwürdiger Handlungen festgenommen werden sollte. Ein Beamter bog sich auf den Fährdampfer, wo der Arbeiter von der Menge befreit wurde. Der Beamte machte nach Warnungen von der Schiffswache Ge-der Arbeiter fassen, in den Zeit getroffen, tot zusammen. Die Menge entließ den Beamten den Revolver. Aus diesem Revolver fiel ein Schuß auf den Beamten. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Eisenbahnunglück.

Münster, 23. März. In letzter Nacht fand ein Zusammenstoß zweier von Köln und Bielefeld kommenden Züge statt. Sechs Eisenbahnbeamte und drei Reisende wurden verletzt.

